

Vortrag an den Ministerrat

Gesetzesbeschluss des Oberösterreichischen Landtages vom 15. Juni 2023 betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstgesetz geändert werden (Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Novelle 2023)

Der Landeshauptmann von Oberösterreich hat den im Betreff genannten Gesetzesbeschluss übermittelt und ersucht, die Zustimmung der Bundesregierung gemäß Art. 113 Abs. 4 B-VG zur Kundmachung zu erwirken. Die für die Verweigerung der Zustimmung offenstehende Frist endet am 11. August 2023.

Der Gesetzesbeschluss sieht eine Reihe von neuen Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Oberösterreich vor (zB die Erlassung einer Verordnung zur näheren Regelung des fachlichen Anstellungserfordernis sowie des Verwendungserfordernis für pädagogische Assistenzkräfte [Art. II Z 8] und die Erlassung näherer Vorschriften für die Durchführung der Anpassungslehrgänge und Eignungsprüfungen für die Anerkennung von Berufsqualifikationen pädagogischer Fachkräfte und pädagogischer Assistenzkräfte [Art. II Z 11]).

Das Bundeskanzleramt hat mit dem Gesetzesbeschluss das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung befasst. Bedenken gegen die Erteilung der Zustimmung zu Übertragung von Aufgaben auf die Bildungsdirektion wurden nicht geltend gemacht.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen:

Das Bundeskanzleramt wird ermächtigt, an den Landeshauptmann von Oberösterreich folgendes Schreiben zu richten:

"An den
Herrn Landeshauptmann
von Oberösterreich

Landhausplatz 1
4021 Linz

MMag. Thomas Zavadil
Sachbearbeiter
thomas.zavadil@bka.gv.at
+43 1 531 15-203939

Ihr Zeichen:
Verf-2012-120126/147-Nc
15. Juni 2023

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 5. Juli 2023 beschlossen, gemäß Art. 113 Abs. 4 in Verbindung mit Art. 97 Abs. 2 B-VG die Zustimmung zu der im Gesetzesbeschluss vorgesehenen Übertragung von Aufgaben auf die Bildungsdirektion zu erteilen. "

4. Juli 2023

Mag.^a Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung